

## Antrag Nr. 03-O-02-0032

### SPD-Fraktion

---

#### Betreff:

Fortsetzung der sozialen Arbeit des Internationalen Bundes (IB)

#### Antragstext:

#### Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten, die Fortsetzung der sozialen Arbeit des Internationalen Bundes (IB) ab 01.01.2004 dadurch zu sichern, dass dieser Organisation ein jährlicher Zuschuss von 50.430,00 € aus städtischen Mitteln zuerkannt wird.

#### Begründung:

Der IB leistet seit dem Jahr 1997 schulbegleitenden Unterricht für Jugendliche aus Familien von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen. Dieser Nachhilfeunterricht konzentriert sich an erster Stelle auf die Erlernung bzw. Verbesserung der deutschen Sprache als wichtigste Voraussetzung für die Integration in die hiesige Gesellschaft.

Damit ist aber die Arbeit des IB keineswegs erschöpfend beschrieben. Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der sozialen Arbeit für junge pubertierende Menschen, die dem Vernehmen nach von ihren Eltern häufig nicht hinreichend aufgeklärt werden, was sie nach der Aussiedlung hier erwartet (zumal auch die Eltern selbst oft nicht über hinreichend realistische Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse verfügen). Mit der häufigen Verheißung, in ein Land zu gehen, wo angeblich Milch und Honig fließen, werden sie aus ihrem bisherigen Soziotop und Sprachmilieu in Russland herausgerissen und hier ‚ins kalte Wasser‘ gestoßen, sprich, der gesetzlichen Schulpflicht entsprechend sofort einer deutschen Schulklasse ihrer Altersgruppe zugeordnet. Die Folge ist nicht selten die tiefe Verunsicherung einer ohnehin noch nicht gefestigten jugendlichen Identität. In dieser Situation droht den jungen Aussiedlern häufig, in der Schule nicht mitzukommen und zu versagen. Einem daraus erzeugten Schutzbedürfnis folgend neigen sie dazu, sich mit ‚Ihresgleichen‘ abzusondern, sich praktisch in ein ‚freiwilliges‘ soziales Ghetto zurückzuziehen.

Der IB wirkt ergänzend zu seiner schulischen Nachhilfe diesen sozialen Risiken mit Beratungen, Hausbesuchen und Ehebetreuungen entgegen.

Die Zusammenarbeit des IB mit 18 Wiesbadener Schulen hat inzwischen bei jungen Aussiedlern zu positiven Ergebnissen in Form von teilweise guten Schulabschlüssen geführt. Diese soziale Arbeit des IB ist nicht nur für rund 100 – 120 jungen Menschen und ihre Familien von hoher Bedeutung.

Nachdem während der Kohl-Ära eine gezielte Umsiedlungspolitik für diese Menschen betrieben wurde, kann es nicht angehen, dass sie in ihrer neuen, für sie fremden Umgebung sich selbst überlassen bleiben und womöglich zum sozialen Risiko werden, d. h., **die Fortsetzung Ihrer Unterstützung und Betreuung dient auch der Sicherheit der gesamten Gesellschaft.**

Die jährlichen Kosten des IB gliedern sich wie folgt :

Personalkosten	67.658,00 €
Gebäude/Inventar	27.500,00 €
Geschäftsbedarf	5.700,00 €
insgesamt	100.858,00 €

Bisher wurden diese Kosten über die Stadt Wiesbaden (Sozialdezernat) in voller Höhe vom Hessischen Sozialministerium getragen. Während vom Land Hessen zunächst angekündigt worden war, dass es ab 01.01.2004 keine finanzielle Unterstützung mehr gewähren würde, ist es

**Antrag Nr. 03-O-02-0032**  
**SPD-Fraktion**

---

jetzt bereit, 50% der Kosten weiterhin zu tragen, wenn ein zweiter Träger bereit ist, die andere Hälfte zu übernehmen. Die soziale Arbeit des IB ist für die Stadt Wiesbaden aus oben dargelegten Gründen so bedeutsam, dass die 50%ige Finanzierung aus dem städtischen Etat dringend geboten erscheint.

Wiesbaden, 7.11.2003

Schickel